



Biweltjähriger Abonnementshdr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigentagsgebühr für den Raum einer sechzehnseitigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Paketstellen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 10. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewerdt.

Montag, den 7. Januar 1878.

Deutschland.

Berlin, 5. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Regierungs-Rath Kops zu Minden und dem Kreisgerichts-Rath Stecher zu Halle a. S. den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Legations-Rath v. Franzius zu Berlin, dem Baurath Alsen bei der Regierung zu Danzig, dem Baurath Wilder zu Cottbus, Vorsitzender der Direction der Cottbus-Großenhain- und Oberlausitzer Eisenbahngesellschaft, dem Regierungs- und Landes-Oekonomie-Rath Waas zu Gumbinnen, dem Superintendenten und Consistorial-Assestor Stille zu Steinau, Amts Otterndorf, dem Pastor Wirth zu Urschlau im Kreise Steinau, dem Pastor Kahle zu Satemin, Amts Lüchow, dem Gerichts-Assestor a. D. und Stadtrath Dr. jur. Mard zu Breslau, dem Wasser-Bau-Inspector Kozłowski zu Culm und dem Ober-Telegraphen-Secretär Dr. philos. Buzon zu Berlin den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Staatsanwalt a. D. von Bonin zu Berlin, früher zu Greifswald, den Königlichen Kronen Orden zweiter Klasse; dem Baurath Goede zu Halberstadt, Mitglied des Directoriums der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft, und dem Kaufmann Nicolaus Manskopf zu Frankfurt a. M. den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Regierungs-Secretär a. D. Rechnungs-Rath Trapet zu Ahrweiler, dem Hegermeister Schumann zu Arendsee im Kreise Osterburg und dem Aderbürger und Bildhauer Grimm zu Fraustadt den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Schultheiß Liebau zu Poplitz im Saalkreise, dem pensionierten Kreisgerichtsboten und Executor Ratzel zu Brandenburg a. H., dem Amtsrichter Wenske zu Gusow im Kreise Lebus, dem Chaussee-Ausseher Schwarzer zu Lissowitz im Kreise Lublinitz und dem Beterauer Friedrich Achenhauer zu Calbe a. M. im Kreise Salzwedel das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat den Geheimen expedirenden Secretären bei der obersten Post- und Telegraphenverwaltung, Rechnungs-Räthen Graubmann und Haugk zu Berlin, den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath, den Oberpostkassen-Rendant Möhring in Oldenburg und Andoher in Polen, sowie den Oberpostcommissarien Naumann in Arnswberg und Matthiessen in Berlin den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Se. Majestät haben im Namen des Reichs die von dem Bischof zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrers Theobald Riegel zu Selz zum Domherrn in Straßburg zu genehmigen geruht.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichtsdirector Albrecht in Conitz den Charakter als Geheimer Justizrat verliehen, und in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Stettin getroffenen Wahl den seitherigen Bürgermeister von Colberg, Haken, als ersten Bürgermeister der Stadt Stettin für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren unter Verleihung des Titels „Oberbürgermeister“ bestätigt.

Dem Appellationsgerichtsrath, Geheimen Justizrat Rauchfuß in Marienwerder ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Dem Kreisgerichtsdirector Kosiner in Löbtau ist befürs Übertretts zur Provinzial-Verwaltung die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Der Kreisgerichtsrath Kruse in Dresden ist in Folge Ernennung zum Consistorialrath aus dem Justizdienst gefüieden. Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Krug in Breslau ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Der Kreisgerichtsrath Hartwig in Marienwerder und der Notar Nitsch in Kiel sind gestorben. (R.-Anz.)

= Berlin, 6. Januar. [Rechtsanwaltsordnung. — Verkehrs-Vertrag mit Bremen. — Vorarbeiten für den Reichshaushaltsetat.] Bezuglich der Beratung der Rechts-Anwaltsordnung im Bundesrathe, welche in dessen letzter Plenarsitzung am 20. December v. J. stattfand, erfährt man nachträglich, daß Bayern eine große Reihe von Anträgen eingebracht hat, welche mehr oder weniger abgelehnt worden sind. Auch Hamburg und der Referent, der braunschweigische Bevollmächtigte, Geh. Rath v. Liebe, wünschten mehrfache Veränderungen, welche gleichfalls nicht die Zustimmung erlangten. Die übrigen Bestimmungen wurden mit den von dem Ausschusse beantragten Änderungen angenommen. Über folgende Anträge Bayerns ist die Abstimmung noch vorbehalten: „Gegen die Vortheile des Ehrengerichts ist die Berufung an das Oberlandes-Gericht zulässig. — Gegen Urtheile, welche von dem Ehrengericht der Anwaltskammer erlassen werden, findet die Berufung an das Reichsgericht und das Verfahren hierüber vor dem ersten Strafgericht statt.“ Ferner „die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft werden der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte event. von der Staatsanwaltschaft bei dem Reichsgerichte wahrgenommen.“ Ferner ist auf Antrag Hamburgs folgende Bestimmung angenommen worden: „Das Reichsgericht kann aus besonderen Gründen einem bei demselben nicht zugelassenen Rechtsanwalte gestatten, in der mündlichen Verhandlung die Rechtsvertheidigung zu führen.“ Die vorbehaltene Beschlussfassung und die davon abhängige Abstimmung über das ganze Gesetz, betreffend die Rechtsanwaltsordnung, soll in der morgigen abzuhaltenen ersten diesjährigen Plenarsitzung des Bundesrathes erfolgen. — Hinsichtlich der Fortdauer der jetzt gefündigten Verträge über die Verkehrsverhältnisse desjenigen Gebiets von Bremen, welches vom Zollgebiet ausgeschlossen ist, hat der Ausschuss für Zoll- und Steuerangelegenheiten dem Bundesrath folgende Beschlüsse unterbreitet: „1) die Wirkung der erfolgten Kündigung jener Verträge soll erst am 1. Januar 1879 eintreten; 2) die jetzt bestehenden Grenzen des Freihafengebiets werden als fortbestehend betrachtet; 3) der Reichskanzler wird ersucht, commissarische Verhandlungen, zu welchen der oldenburgischen Regierung die Entsendung eines Commissars anheimzustellen, mit der freien Stadt Bremen, wegen der Regulirung der Verhältnisse und Einrichtungen im Freihafengebiete einleiten zu lassen; 4) dem Reichskanzler wird zur Erwägung gestellt, ob Fürsorge zu treffen, daß zur Sicherung der Grenzen des Zollgebiets die nötigen gesetzlichen Bestimmungen nach dem Vorgange des Gesetzes vom 1. Juli 1869, die Sicherung der Zollgrenze in den ausgeschlossenen Hamburgischen Gebieteilen betreffend, erlassen werden. Der Bundesrath hat die ersten drei Punkte dieses Vorschlags angenommen und den letzten Punkt einer nochmaligen Beschlussfassung vorbehalten. Auch diese wird in der morgenden Sitzung erfolgen. — Die Vorarbeiten über den Reichshaushalt-Etat in den Bundesraths-Ausschüssen sind auch in Ansehung des Militär-Etats jetzt so weit gediehen, daß die ordentlichen Ausgaben bereits festgestellt sind, und zur Fertigstellung nur noch eine Sitzung erforderlich sein wird. Hinsichtlich des oft erwähnten Kasernierungsgesetzes sind durch Verhandlungen mit einzelnen Bundesstaaten Weiterungen eingetreten, von deren Erledigung es abhängig bleibt, ob das Gesetz überhaupt vorgelegt werden wird. Innerhalb des Etats der Militär-Verwaltung werden bekanntlich die Mittel nur für Ergänzungsbauten von Kasernen gefordert. Bezuglich der unauffindbaren Neubauten von Kasernen werden besondere Forderungen in dem Hauptetat ihre Stelle finden, welcher im Laufe der nächsten Woche zu erwarten ist. Auf diese Weise wird wenigstens dem nächsten Bedürfnisse genügt, jedoch hören wir mit Bestimmtheit, daß das Ka-

sernitigsgesetz überhaupt noch keineswegs als ausgegeben zu erachten ist. Der schwierigste Theil der Etatsarbeiten im Bundesrath wird erst mit dem Etat über die Zölle und Verbrauchssteuern beginnen, hierbei wird es sich um Beschlüsse über die Aufbringung der Mittel zur Deckung der Ausgaben und des Deficits handeln, welche an der Hand von Vorschlägen der preußischen Regierung erfolgen sollen. Über letztere schweben bereits die Berathungen im preußischen Staats-Ministerium.

[Die Verhandlungen über das Special-Pfandrecht für Hypothekenbrief-Inhaber] bewegten sich um folgende acht Seiten des landwirthschaftlichen Ministeriums formulirte Fragen:

1) Empfiehlt es sich, die Frage über die Sicherstellung der Pfandbriefe oder ähnlicher auf Grund erworbener Forderungen von Hypothekenbanken u. a. ausgestellter Wertpapiere im Wege der Reichsgesetzgebung durch ein Gesetz, welches als eine Ergänzung der Concursordnung auszufassen ist und demgemäß an die Beschränkungen des § 17 des Einführungsgesetzes zur Concursordnung nicht gebunden ist,

oder

im Wege der Landesgesetzgebung durch ein Gesetz, welches die im § 17 l. c. vorbehaltenen Bestimmungen trifft und hierbei den § 17 als maßgebend zu betrachten hat?

2) Ist die Begründung der pfandrechtlichen Sicherstellung der Pfandbriefe und gleichstehender Wertpapiere durch den Gewahrsam der als Pfandobjekt deponirten Schuldforderungen Seitens eines Vertreters der Brief-Inhaber oder durch einen Verpfändungs-Bermerk auf den Schulddocumenten herbeizuführen, oder durch Benachrichtigung des Drittgläubners herbeizuführen?

3) Werden zur Begründung der pfandrechtlichen Sicherheit mehrere der vorerwähnten Mittel zugleich verlangt?

Sollen mehrere derselben cumulativ oder alternativ gestattet sein, oder soll nur auf das eine oder das andere Mittel und auf welches Bedacht genommen werden?

3) Soll die Entstehung des Pfandrechtes lediglich durch das Gesetz begründet werden, oder wird eine besondere schriftliche Verpfändungs-erklärung erforderlich?

4) Von wem soll die Bestellung des Vertreters der Effecteninhaber, falls sie verlangt würde, ausgehen?

5) Inwieweit ist es nothwendig, bezüglich der Obliegenheiten des Vertreters maßgebende Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, insbesondere für den Fall der Auslösung des Gewahrsams.

6) Soll das zu emanzipirende Gesetz obligatorischen Effect für neu zu begründende Creditinstitute haben, und in welcher Weise soll es rückwirkend auf die schon bestehenden Institute in Anwendung gebracht werden?

7) Genügt es, die Wahrnehmung der Interessen der Effecteninhaber im Falle des Concurses einer emittirenden Creditanstalt dem unter Nr. 4 gebuchten Vertreter zu überlassen, oder würde es nothig sein, den Inhabern der Pfandbriefe und diesen gleichgestellter Effecten einen besonderen Concursverwalter zu bestellen? und welcher abändernden oder ergänzenden Bestimmungen bedarf das Concursverfahren?

8) Welche weiteren Anträge und Anforderungen sind hinsichtlich der gesetzlichen Regelung des Gegenstandes zu stellen?

Die Verhandlungen führten zu einer Verständigung über den Inhalt für das betreffende Gesetz, welches den Uebelständen, die jetzt bestehen, Abhilfe schaffen soll.

[Die rumänischen Eisenbahnen.] Herr Guilloux wird aus der General-Direction der rumänischen Bahnen ausscheiden. In Folge dessen hat der Aufsichtsrath der Gesellschaft beschlossen, eine collegialisch organisierte Betriebs-Direction, bestehend aus den Herren Ober-Betriebs-Ingenieur A. Bolentius, früher im preußischen Staats-Eisenbahndienst, Hauptmann Charlier, bisher im preußischen Eisenbahn-Regiment und C. Ofermann, bisher Mitglied des Vorstandes der Rumänischen Eisenbahnen-Aktion-Gesellschaft, zu bilden. Die Vorgenannten treten unvergänglich in Function. — Im Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahnen-Aktion-Gesellschaft wird Herr Alfred Lent das technische Decernat der Angelegenheiten des Betriebs-Comites übernehmen.

[Dementi.] Die von der „Polit. Corresp.“ und anderen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Pforte den Prinzen Reuß ersucht habe, ihre Friedensbedingungen der russischen Regierung mitzuhelfen, ist ganz unbegründet.

[S. M. Damyanonensboot „Comet“.] 4 Geschütze, Commandant Capt.-Lnt. v. Pawelsz, ist am 4. d. in Smyrna eingetroffen.

Sternberg, 5. Januar. [Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz] hat sich zur Errichtung eines besonderen Land-Gerichts und zur Vermehrung der Amtsgerichte bereit erklärt, sofern ihr entsprechende Beihilfen Seitens der Stände gewährt werden.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 4. Jan. [Beschränkung des Berufungsrechts. — Parochiallastengesetz. — Sächsische Staatsindustrie. — Liberale Presse.] Bekanntlich sind die Rechtsmittel in Sachsen außerordentlich gehäuft und es ist also zu befürchten, daß bei Einführung der Reichsjustizgesetze eine Überbelastung des Oberlandesgerichts und des Reichsgerichts eintrete, wenn nicht für die am 1. Oktober 1879 noch anhängigen streitigen Rechtsachen das Berufungsrecht beschränkt wird. Das hat die sächsische Regierung veranlaßt, den Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese Angelegenheit rechtzeitig regeln soll. Die zweite Kammer hat denselben unverändert angenommen, obwohl besonders Seitens der Advocaten in der Kammer mancherlei Bedenken dagegen erhoben wurden. Der Entwurf erhöht die Berthaumme für Streitsachen, in denen eine Berufung der zweiten Instanz zulässig sein soll, von 600 auf 1500 Mark beschränkt den Unterschied, ob das Erkenntnis erster Instanz von der zweiten Instanz abgeändert oder bestätigt ist, für Streitsachen von über 300—1500 Mark, und schneidet die Berufung auf Entscheidung in dritter Instanz für alle Fälle einer Appellation gegen das richterliche Verfahren ab. Schaffraut verlangte statt der Vorlage ein Gesetz, welches sofort in Kraft zu treten habe, und erreichte die Zustimmung des Ministers zu der sofortigen Inkraftsetzung der erwähnten in § 8 enthaltenen Bestimmungen, doch ließ die Kammer die Vorlage unverändert. — Von den evangelisch-reformierten Consistorien in Leipzig und Dresden ist eine Abänderung des Gesetzes über die Parochiallasten angefordert. Die Parochiallasten ruhen auf den Grundstücken und so ist

der Fall nicht selten, daß die Grundbesitzer Beiträge zur Unterhaltung der Kirchen anderer Confessionen leisten müssen. Die Consistorien schlagen nun vor, durch ein Gesetz zu bestimmen, daß die betreffenden Parochiallasten den religiösen Gemeinden zugewendet werden, denen die Besitzer angehören. — Dagegen haben sich in der Deputation Bedenken geltend gemacht und so lag der zweiten Kammer der Antrag vor, den Gemeinden zu gestatten, daß sie andersgläubige Grundbesitzer von der Zahlung ihrer Beiträge zu den Parochiallasten freilassen, und diese Berechtigung in einem Gesetzentwurf für die nächste Session feststellen zu lassen. Der Vorschlag wurde von dem Referenten Dr. Pfeiffer ausdrücklich als ein Compromiß zwischen entgegenstehenden Ansichten gekennzeichnet und von der Kammer mit 40 gegen 20 Stimmen angenommen, obwohl der Cultusminister sich sehr bestimmt gegen den Antrag erklärte, von dem er behauptete daß er der lutherischen Kirche in Sachsen, die nicht auf eigenen Füßen stehe, weil sie kein Besteuerungsrecht besitzt, die ökonomische Grundlage unter den Füßen wegziehe. — Trotzdem schon vielfach der bedeutende Umsatz der Staatsindustrie Gegenstand starker Kritiken in den Kammern gewesen ist, betreibt der sächsische Staat nach dem neuesten Budget noch immer Weinbau, Kohlenwerke, Kaltwerke, Hüttenwerke, Bad Elster, Blaufarbenwerke, Porzellansfabrikation, Münze, Glösserei, Lotterie, Eisenbahnen und Herausgabe der Leipziger Zeitung. Die meisten Betriebszweige liefern Überschüsse, die bei den Kaltwerken auf 128,000 Mark, bei Steinkohlengruben auf 500,000 M., bei den Staatsbahnen auf mehr als 25 Millionen veranschlagt sind. — Die liberale Presse in Sachsen wird nicht genügend unterstützt. Die Ankündigung der Fortschrittspartei in der 2. Kammer, daß die „Dresdner Presse“ als Organ der Partei nicht hat erhalten werden können, ist schon ein schlimmes Zeichen; aber noch bedenklicher ist es, daß die liberale Partei nicht einmal im Stande ist, in dem volkstreichen Chemnitz ein täglich erscheinendes Blatt zu erhalten.

Frankreich.

Paris, 3. Jan. [Bericht des Arbeitsministers über die Eisenbahnbaute.] — Wahlen. — Zur parlamentarischen Untersuchung.] „Man lebt von den Geschäften, sagte vereinst der Minister de Fourtou, aber man stirbt an der Politik.“

In dieses Wort erinnert heute mit Recht der „Tempo“. De Fourtou ist an der Politik gestorben, da er keine Zeit hatte, sich um die Geschäfte zu kümmern; die jetzige Regierung scheint von den Geschäften leben zu wollen. Das Amtsblatt hat heute einen interessanten Bericht des Arbeitsministers de Freycinet gebracht, welcher in großen Zügen den Gesamtplan der in Frankreich noch vorzunehmenden Eisenbahnbaute entwirft. Es erhebt daraus, daß man noch etwa 16,000 Kilometer Eisenbahnen construire will, deren Gesamtkosten die Summe von 3 Milliarden übersteigen werden. Von diesen 16,000 Kilometern sind 2900 schon entworfen, aber noch nicht in Concession gegeben, 2000 von den Departements schon in Concession gegeben, sind vom Staate wieder zu übernehmen, 5000 Kilometer sind erst zu entwerfen, sie sind für solche Gegenden bestimmt, die noch gar keine Eisenbahnen haben. Die übrigen harren nur der Ausführung durch die gegewährten Concessionäre. Natürlich wird es zur Verwirklichung eines solchen Planes geraume Zeit bedürfen. Um das Unternehmen zu beschleunigen, hat die Regierung 6 große Commissionen ernannt, welche in den verschiedenen Landesteilen die Eintheilung der Bahnen in Bahnen von allgemeinem Interesse und Lokalbahnen vorzunehmen haben, da eine solche Eintheilung für nötig erkannt worden ist. Der heutige Ministerseminar hat sich, wie es heißt, nur mit dieser großen Bautenangelegenheit beschäftigt.

Zum Ende des jehigen Ministeriums muß auch angeführt werden, daß dasselbe sich angelegen sein läßt, die Lücken in den berathenden Versammlungen baldmöglich wieder auszufüllen. Bekanntlich begingen seine Vorgänger das entgegengesetzte Principe; sie schrieben die Wahlen erst in der allerletzten geleglich zulässigen Stunde aus, wenn sie nicht gar auch diese Stunde verstrecken ließen. Heute beruft ein Decret die Wähler von den Bezirken, deren Deputierte bei der Wahlprüfung nicht zugelassen oder gestorben sind, zu neuen Wahlen auf den 27. Januar. Der parlamentarischen Untersuchungs-Commission, die sich heute in Paris versammelte, ist mitgetheilt worden, daß alle Minister ihre Beamten angewiesen haben, die parlamentarische Untersuchung zu erleichtern.

Provinzial-Zeitung.

H. Breslau, 6. Jan. [Wahlverein der Fortschrittspartei.] Die für gestern Abend im großen Saale der neuen Börse anberaumte Mitglieder-Versammlung, über welche wir bereits kurz berichtet haben, war so zahlreich besucht, daß der weite Raum, einschließlich der Gallerien, in allen Teilen vollständig gefüllt war. — Für dieselbe stand ein Vortrag des Abg. E. Richter auf der Tagesordnung.

Leider waren weitere schlesische Abgeordnete der Fortschrittspartei, deren Anwesenheit am heutigen Tage s. B. in Aussicht gestellt worden war, außer dem Abg. Justizrat Freund, zum Theil durch Krankheit am Erscheinen verhindert gewesen. Dagegen bemerkten wir eine größere Anzahl Gesinnungsgenossen aus der Provinz, u. A. die Herren Rechtsanwalt Petiscus-Dels, Dr. Reich-Dels, Rechtsanwalt Sommer-Grottau, Justizrat Sabbath-Nabigor, Advokat Werner-Brieg, Dr. Bielchowsky-Brieg, Dr. Herrnstadt-Nabigor.

Der Vorsitzende des Wahlvereins, Justizrat Friedensburg, eröffnete die Versammlung mit einem Hinweise auf die von 4—7 Uhr am Nachmittage derselben Tages in Gemeinschaft mit dem Vorstande des Wahlvereins stattgehabten Verhandlungen von Delegirten aus der Provinz über die Art und Weise, wie die Organisation der Partei innerhalb der Provinz zu verlaufen, neue Vereine ins Leben zu rufen, alle zu stärken seien.

Demnächst stellte Justizrat Freund den Abgeordneten Herrn E. Richter der Versammlung vor, die denselben mit lautem Beifall und durch Erheben von den Plänen begrüßte und machte dann noch einige weitere Mittheilungen.

Der Vorstand des Wahlvereins hat die Frage ventilirt, ob in Erwidung der der Fortschrittspartei seitens der national-liberalen Partei durch die Einladung zum Vortrage Dr. Bamberger's erwiesene Freundschaft durch eine Einladung zur heutigen Versammlung erwidert werden solle. Der Vorstand hat nach reiflicher Überlegung sich dahin entschieden, die heutige Versammlung als eine Versammlung der Mitglieder der Fortschrittspartei einzuberufen, dagegen die national-liberalen Partei zu den bevorstehenden Vorträgen von Bürgers und Hanel einzuladen und dadurch das bewiesene freundliche Entgegenkommen zu erwidern. Der Vorstand glaubte, daß gerade bei Anwesenheit der Letztgenannten eine solche Einladung am Platze sein würde, weil ja die national-liberalen Partei gerade bei der Wahl dieser Herren in durchaus loyaler und vertragstreuer Weise gemeinschaftlich mit der Fortschrittspartei gewirkt habe.

Nachdem der Vorsitzende noch wiedergab, daß seit der letzten Versammlung die Zahl der Mitglieder des Wahlvereins wiederum nicht unerheblich gestiegen sei, ertheilte er dem Abgeordneten Richter das Wort.

Richter dankte zunächst für den freundlichen Empfang, sowie für die

Ehre, die ihm dadurch erwiesen worden sei, daß man ihm bei den letzten

Wahlen eine Candidatur für Breslau angeboten habe. Er habe dies An-

erbieten dantend ablehnen müssen mit Rücksicht auf seinen bisherigen Wahl-

Kreis Hagen.

Zu seinem Vortrage, den wir in seinem ersten Theile nur kurz skizzieren können, übergehend, bemerkte Redner, daß er, wenn er in Übereinstimmung mit dem Vorstande die uns drohenden Steuererhöhungen zum Gegenstande seines Vortrages machen wolle, glaube, ein Thema herausgegriffen zu haben, das von unmittelbar rein praktischem Interesse sei, das in weiteren Kreisen interessire und bei den öffentlichen Kundgebungen in Bezug auf die Stellung weiterer Volkskreise zu den hier in Betracht kommenden Fragen von unmittelbarem Einfluß auf die Gesetzgebung, selbst in der nächsten Zeit, sein müßt.

Es seien, fügt der Vortragende nunmehr aus, Steuererhöhungen zweierlei Art, die in Frage kommen können, einmal auf Grund bestehender Gesetze, die neue Veranlagung der Gebäudesteuer, dann auf Grund von neuen Gesetzen, die in der Vorberathung begriffen sind, Gesetzentwürfe, welche lediglich die Vermehrung der indirekten Steuern im Reiche zum Zwecke haben.

Was die Erhöhung der Gebäudesteuer anbetrifft, so sei dieselbe ein Verhältniß der sogenannten neuen Aera in Preußen. Zu jener Zeit habe man ein Gesetz gemacht, wonach für 15 Jahre im Voraus eine Erhöhung der Steuer auf Grund einer Steuererantragung normirt wurde. Vergleichbar habe damals der alte Waldeck gegen eine solche Vorwegnahme des verfassungsmäßigen Bevollmächtigungsrechts gekämpft. Es sei kein Zweifel, daß der Werth der Gebäude gestiegen und damit bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit, größere Steuern von dem Ertrage der Gebäude zu zahlen, gewachsen sei. Aber dasselbe lasse sich auch von dem Werth des Grund und Bodens überhaupt sagen, gleichwohl sei von einer Erhöhung der Gebäudesteuer nicht die Rede. Dazu komme, daß die Steuererhöhung in eine Zeit fällt, in der der Werth der Gebäude durch die Erhöhung der Mietraten nicht mehr aufsteigt, sondern umgekehrt eine rückgängige Bewegung begonnen hat, also eine Erhöhung der Gebäudesteuer um so schwerer erscheinen läßt, als die zeitigen Besitzer die Gebäude vielfach mit einem Preise bezahlt haben, der heute nicht mehr angemessen ist. Zur Zeit falle allerdings eine solche Erhöhung auf die Besitzer, darüber aber dürfe man sich nicht täuschen, daß in dieser Erhöhung der Steuern für die Zukunft ein Moment gegeben sei, die Mietzettel zu erhöhen. Die Frage sei also nicht bloß eine Interessenfrage der Gebäudebesitzer, sondern eine, welche in letzter Reihe neben den Besitzern auch die Mieter interessire. Nun könne man zwar sagen, der Werth der Gebäude werde durch öffentliche Anlagen, welche das Wohnen in der Stadt angenehmer und nützlicher machen, erhöht und es sei also ganz berechtigt, daß man nun auch den Mehrertrag der Gebäude für öffentliche Zwecke in Anspruch nehme. Indessen die Sache stelle sich so, daß der Staat seinerseits diese erhöhten Steuern für sich in Anspruch nimmt und es der Commune erschwert und in vielen Fällen unmöglich macht, die Grundbesitzer entsprechend zu kommunalen Kosten heranzuziehen. Von diesen Anschauungen geleitet, sei vor zwei Jahren von einer Anzahl Magistrate eine Petition an das Ministerium gerichtet worden, den Städten eine Quote der Gebäudesteuer des Staates zu überlassen. Redner hält in Gemeinsamkeit mit seiner Partei diesen Weg nicht für den richtigen. Die Fortschrittspartei meine, man habe zunächst nichts weiter zu thun, als eine im Prinzip und gegenwärtig doppelt ungerechtfertigte Erhöhung einstach abzuwehren. Sie verlangt, daß man bei dem gegenwärtigen Standpunkte der Sache stehen bleibe, daß nicht mehr Gebäudesteuer für den Staat als bisher erhoben werde.

Der Vorschlag, eine Revision für die nächsten 4—5 Jahre überhaupt hinauszuschieben, sei ungünstig, weil die Gebäude gegenwärtig in der That sehr ungleichmäßig veranlagt sind, was, wie Redner nachweist, eine Schädigung der Besitzer alter Häuser herbeiführe. Eine Neueinschätzung der Gebäude an und für sich sei daher gerechtfertigt, nur dürfe dieselbe nicht zu einer Erhöhung der Steuern im Ganzen führen, sondern nur zu einer gleichmäßigen, gerechten Vertheilung nach Maßgabe des neuen Mietbewerbs unter den vorhandenen Gebäuden. Auf diesen Anschauungen beruhe der Antrag auf Abänderung des Gesetzentwurfes, der unter dem Namen des Redners und dem des Dr. Bender im Abgeordnetenhaus eingeführt worden sei. Derfelbe sei verschiedenen Einwendungen im Hause begegnet und schließlich in der Budget-Commission abgelehnt worden. Eine von nationalliberaler Seite beantragte Resolution, der Finanz-Minister möchte im Sinne der Petition der Magistrate den Communen eine erhöhte Quote der Gebäudesteuer zuwenden, habe das Schicksal gehabt, noch viel weniger Stimmen auf sich zu vereinigen, ein Beweis, daß der Vorschlag der Fortschrittspartei mehr Aussicht auf praktische Verwirklichung habe. Sollte der Antrag im Gedränge der mehr restriktiven Arbeiten nicht zur zweiten Lesung im Plenum gelangen, so werde man sich nicht irre machen lassen. Komme die wichtige Frage nicht in dieser Session zur Erledigung, so werde man in der nächsten wiederum die Initiative ergreifen. Dann aber müsse die Partei allerdings erwarten, etwas stärker vom Lande und durch weitere Kreise unterstützt zu werden, als es bisher der Fall gewesen.

Im Ganzen sehe man der Eventualität einer Steuererhöhung sehr ruhig entgegen; wenn dieselbe vollzogen sei, werde es zu spät sein und der Mißmut sich vielleicht an die falsche Adressen wenden.

Man habe, fügt Redner weiter aus, bei dieser Gelegenheit die Steuerfrage im Allgemeinen discutirt und gesagt, die Sache müsse im Großen angeschriften werden. Das seien aber, bemerkte Redner, die schlimmsten Gegner seines und seiner Freunde Vorgehens, welche unter dem Vorwande einer großen Steuerreform sich einen Remedium auf beschränktem Gebiet, wo dieselbe praktisch ist, entgegen stellen.

Es sei bei dieser Gelegenheit ja überhaupt der Werth der indirekten Steuern discutirt worden. Den indirekten Steuern sei es eigentlich unmöglich, daß zu ihnen von dem Einzelnen nicht nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit, sondern im Verhältniß seines Verbrauchs an den mit der Steuer belegten Artikeln contribuit werde, was zur Folge habe, daß die indirekten Steuern vorzugsweise auf dem Mittelstande lasten. Die Steuerbelastung bei den indirekten Steuern treffe ja einzelne Gegenstände, während eine direkte Steuer mehr Spielraum biete, an welcher Stelle man das, was man bezahlen muß, erproben will. Wenn man sage, man merke die indirekten Steuern nicht, so sei darauf zu erwidern, man merke sie nicht, weil man sich darüber nicht klar werde, daß man in jedem Pfund Salz 8 Pf. in jedem Pfund Kaffee 2 Sr. Steuer mitzahle, sobald man, wenn ein Artikel in Folge der Steuer steurer wird, nicht den Staat, sondern den Händler oder die allgemeine Noth der Zeit anfällt. Das sei allerdings für die Regierung sehr bequem, daß sie das Mißbehagen gegen Andre richte. Dazu komme noch, daß solche indirekten Abgaben nur etwas einbringen, wenn sie auf Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs gelegt sind und es werden immer diejenigen Artikel sein müssen, welche große und weite Klassen der Bevölkerung notwendig bedürfen.

Es handele sich aber, bemerkte Redner, gegenwärtig nicht darum, ob direkte oder indirekte Steuer, sondern darum, ob bereits bestehende indirekte Steuern erhöht werden sollen.

Redner ist nicht der Meinung, daß man alle indirekten Steuern missen und die nothwendigen Bedürfnisse des Staates durch eine einzige Steuer aufzubringen könne, sondern daß man vielmehr ein combinirtes Steuersystem anwenden habe. Es fragt sich dabei, ob man, obwohl die indirekten Steuern schon eine große Rolle einnehmen, ihnen eine noch größere Rolle zuwende. Redner erachtet dies für ungerechtfertigt.

Eine zweite Hauptfrage sei, ob, wenn die indirekten Steuern vermehrt werden, uns an anderer Stelle Steuern erlassen werden. Man sage, die Matricularbeiträge werden aufhören und es können dann die directen Steuern den Communen überlassen werden. Dafür aber, daß dies geschehe, meint Redner, habe man nicht die mindeste Sicherheit. Die Regierung wolle aus politischen Gründen in eine bloße Herabminderung der Matricularbeiträge nicht willigen, sie wolle dieselben vielmehr unmöglich ganz auheben. Aber ohne die Matricularbeiträge sei der Reichstag gänzlich ohne Einstuß auf die Steuererhebung. Die Matricularbeiträge werden alljährlich neu bemittelt, in verschiedenen Beträgen, je nach Bedürfnis, und darin liege das Mittel für den Reichstag, Geld zu sparen. In dem Geldbewilligungsberecht, in der Möglichkeit, Einnahmen abzuziehen, liege entschieden die Hauptbedeutung einer Volksvertretung, sie kann auf die Regierung nur dadurch einen direkten Einstuß ausüben, daß sie sich gegenüber dem Widerstreben der Regierung um so zurückhaltender in Bezug auf Geldbewilligung zeige, nur darin hat sie einen Moment, um darauf hinzuwirken, daß die Regierung sich in Übereinstimmung mit der Volksvertretung setze, wie das die neuesten Vorgänge Frankreichs zeigen. In einer starken Volksvertretung, die wirkliche Rechte habe, liege ein Moment des Friedens, der ruhigen Entwicklung; nur wo die Volksvertretung zu schwach sei, entstehen Conflicte.

Nachdem Redner im Weiteren die einzelnen gescheiterten Steuerprojekte erörtert, bemerkte er, es handle sich gar nicht um Steuerreformen, das sei bloß Pläne, es handle sich im Ganzen um eine Steuermehrung, und zwar um eine Vermehrung in einem unter den gegenwärtigen Mißverhältnissen sehr großen Maßstabe. Gegen diese Tendenz kämpfe die Fortschrittspartei schon seit 1875 mit Erfolg. Die Sache liege ja so, daß ein Grund zu dauernder Steuererhöhung im Reiche überhaupt nicht vorhanden sei, allerding nur in gewissen Knappen und sparsamen Gemessenheit der Ausgaben. Die Fortschrittspartei halte überhaupt das Wirtschaften aus dem Volle für eine dauernde Ordnung der Finanzen für am meisten schädlich und sei der Meinung, daß die etwas knappen Verhältnisse des Augenblicks durch andre Mittel ausgeglichen werden können, ehe man zu dauernden Steuererhöhungen und zu anderen Belastungen des Verbrauchs freiere. Es werde in Bezug auf die Durchführung derartiger Anschauungen darauf ankommen, wie sich die ausschlaggebende Partei in der Hauptrichtung in nächster Zeit zu den Plänen der Regierung stellen wird.

„Nun, m. H.“, fährt Redner wörtlich fort, muß ich gestehen, daß ich heute die Sache für weniger gefährlich halte, für nicht mehr ganz so gefährlich, wie vor 8 Tagen, weil ja inzwischen die Varziner Conferenz stattgefunden und weil diese Conferenz zu einem Ergebnis nicht geführt hat.

„M. H.! Ich bin nicht der Meinung, daß die Sprache dem Menschen und namentlich dem Abgeordneten dazu gegeben ist, seine Gedanken zu verborgen, ich bin vielmehr der Meinung, daß es unmöglich sein würde, wenn ich in diesem Augenblick nicht davon spräche, ich habe auch gar keinen Grund, meine Ansicht über diese Varziner Conferenz vor Ihnen zurückzuhalten.“

„Ich spreche diese meine Meinung aus als eine solche, die sich gründet auf eine sorgsame Abschätzung aller Vorgänge, so weit dies dem Nichtgeweihten möglich war, und auf die Abschätzung der politischen Situation, auf die Abschätzung der Personen, die dabei in Frage kommen, und da muß ich sagen, der Verlauf der Varziner Conferenz bringt mich zu der Ansicht:“

Die Conferenz hatte den Zweck, ein conservativ-liberales neues Ministerium unter der Führung Bismarcks zu begründen; sie hatte den weiteren Zweck, dies Ministerium begründen zu lassen auf ein conservativ-liberales Programm, das zu diesem Zweck vereinbart wird. Der Anfang dazu ist nicht völlig jetzt gemacht worden, sondern die Conferenz ist nur ein weiteres Stadium in einer Sache, die bereits seit Monaten schwelt. Conferenzen haben stattgefunden zwischen Bismarck und Bennigsen im Sommer und October zu Berlin, die ganze Taktik der nationalliberalen Partei, ihre Abstimmung, ihr Verhalten zu uns, selbst einzelne Wendungen in ihren Reden nahmen Rücksicht auf die in der Schwebe befindlichen Verhandlungen, es wurde ausdrücklich gefragt: „Es befindet sich gegenwärtig Alles in der Schwebe.“ Und das war in der That die richtige Bezeichnung der Situation.“

„Wenn nur in den Weihnachtsferien, in den Tagen, wo jeder am liebsten nichts mit Politik zu thun hat, die Führer zusammentreten, einer der selben nach Varzin reist, wenn auf der anderen Seite in diesen selben Tagen ein Flügel-Adjutant des Kaisers in Varzin erscheint, so liegt doch der Gedanke nahe, daß das, was seit langer Hand eingeleitet, nun zum Abschluß kommen soll. Man kann die Sache auf diese Weise auffallend nicht arrangieren, wenn nicht die Möglichkeit vorliegt, dieselbe nun auch wirklich zum Abschluß zu bringen.“

„Ich fasse nun die Situation so auf: Man ist darüber einig gewesen, g gewisse Personen in das Ministerium hineinzubringen. Ich sehe also voraus, daß auf der einen Seite Bennigsen verhandelt hat in Übereinstimmung mit anderen hervorragenden Führern der nationalliberalen Partei, auf der anderen Seite Fürst Bismarck in Einverständnis mit dem Kaiser. Man war also einig darüber, daß gewisse Personen, nationalliberaler Führer ins Ministerium treten sollten, man war aber über andere Personen, die eintreten sollten nicht einig, und diese Einigung ist nicht erlangt worden. Man war einig darüber, daß diese Personalveränderung des Ministeriums zugleich und in Verbindung mit einer anderweitigen Gestaltung des Ministeriums erfolgen sollte, einer näheren Verbindung derselben mit Reichsamt, ein Plan, der gar nicht neu und den auch wir unter gewissen Vorbehalten für richtig halten. In dieser Formfrage lag aber nicht der Kern der Sache, sie sollte nur die Brücke sein, über die hingegen die Personenveränderungen auf Kosten einiger der bisherigen Minister leichter vollzogen.“

„Der Kern der Sache lag in dem Programm, in den Vereinbarungen darüber, und diese Frage bedingt wieder die Personenfrage. Man kann auf gewisse Punkte eines Programms verzichten, wenn man um so mehr Garantien in den Personen hat. Wenn man sich zugleich die Garantie verschafft, daß Delbrück wieder in das Ministerium tritt, dann braucht man weniger Garantien in das Programm gegen gewisse schulzöllnerische Anwandlungen zu bringen.“

„M. H.! Wie liegt nun die Programmfrau? Ich fasse die Sache so auf: Die nationalliberalen Führer, und Herr Lasker hat das ganz treffend im Abgeordnetenhaus bezeichnet, streben nicht darnach, Minister zu werden, sie betrachten dies nicht als eine Avancementfrage, sie leben es nicht ab, Minister zu werden, sie fassen die Sache aber so auf, daß sie nur auf Grund eines politischen Programms Minister werden wollen, um gewisse Punkte, die in Übereinstimmung stehen, mit ihrem ganzen bisherigen politischen Verhalten als Minister zur Durchführung zu bringen.“

„Wenn ich dies voraussehe, und ich muß es voraussehen, so muß ich mir auch sagen: Die Nationalliberalen mahnen von Fürst Bismarck Garantien verlangen gegen gewisse schulzöllnerische Anwandlungen, sie möchten ferner Garantie verlangen für positive, liberale Schöpfungen, für die Durchführung namentlich der Verwaltungsreform, die in liberalen Sinne begonnen worden ist. Ich fasse die Sache nun so auf, daß diese Garantien nicht erreicht werden sind, daß Fürst Bismarck seinerseits die Forderung in den Vordergrund stellt, daß die nationalliberalen Führer ihm dazu verhelfen sollten, die große Steuerreform durchzuführen, wie man euphemistisch sagt, was tatsächlich aber eine große Vermeidung der indirekten Steuern im Reiche unter Beseitigung der Matricular-Beiträge und also der Wegfall des Geldbewilligungsberechtes des Reichstages bedeutet.“

„Die nationalliberalen Partei muß sich nach ihren bisherigen Erklärungen dazu wie folgt gestellt haben: Sie muß gesagt haben: „Wir lehnen unter gewissen Vorbehalten die neuen indirekten Steuern nicht ab, wir machen aber personelle und sachliche Vorbedingungen, persönlich in Bezug auf die Bildung des Ministeriums, fachlich in Bezug auf die Einführung gewisser liberaler Programmpunkte. Wir können uns in leichter Beziehung nicht mit allgemeinen Erklärungen beruhigen, sondern müssen positive feste Anhaltpunkte gewinnen. Unter solchen Umständen werden wir uns, aber nur bis zu einer gewissen Grenze, auf erhöhte Geldbewilligung einlassen, wir werden uns aber nicht einlassen auf eine gänzliche Beseitigung der Matricularbeiträge.“ In dieser Beziehung hat die nationallibrale Partei schon bestimmte Erklärungen im Abgeordnetenhaus abgegeben.“

„M. H.! Auf Grundlage dieses Programms ist nach meiner Überzeugung eine Einigung nicht erfolgt.“

„Ich versage hierbei der nationalliberalen Partei keine Ehre, die ihr gebührt. Mich erfüllt es im Gegenteil mit Anerkennung für die Partei, daß die Varziner Conferenz, wie ich es aussasse, zu keinem Ergebnis gekommen ist.“

„M. H.! Es hat dies vielleicht aus meinem Munde einen gewissen Anspruch auf Anerkennung, weil ich mir auch gar nichts daraus mache, wenn ich es ja mehrläufig gethan habe, ihnen das Gegentheil einer Anerkennung ausspreche.“

„Ich sage also: Die nationallibrale Partei hat in Varzin das Ministerium abgelehnt aus Gründen, die ihr mit uns gemeinsam sind, sie hat, indem sie ihrer Voraussetzungen unter denken sie Minister werden könnte, nicht in das Ministerium eintreten wollen. Interessenvertreten, die uns mitihnen gemeinsam sind, wirtschaftliche Interessen. Die Vertretung der liberalen Interessen in Varzin von beiden Seiten der nationalliberalen Führer hat das Zustandekommen einer Verständigung in Varzin verhindert. Es macht diese Aussicht ihres Charakters eben so viel Ehre, als ihrer Klugheit, denn klug haben sie auch gehandelt, wenn sie so handeln. Das mithalten sie sich sagen: Verleugneten sie das bisherige Programm, wurden sie bloss Minister, wie es Fürst Bismarck vermutlich angejohnt hat, so hatten sie allerdings augenblicklich eine große Stellung. Das Vertrauen, das der Einzelne für seine Person in weiten Volksträumen sich erworben, kam im Augenblick ihm zu Gute. Das Vertrauen mußte in dem Moment, wo er Minister wurde, ihn in erhöhtem Maße tragen, weil das Volk immer die Personenfrage zuerst ins Auge sieht und viel gegeigneter ist, persönliches Vertrauen zu lassen, wo es die Sache selbst einer näheren Prüfung unterwirft. Im Anfange hätten die nationalliberalen Minister allerdings eine leichte Stellung gehabt, der Rückslag aber würde desto rascher, schneller und größer kommen sein. Würde man im Volle erst gewahr geworden sein, daß diese Männer als Minister etwas Anderes vertreten, als als Abgeordnete, das sie in wirtschaftlicher Beziehung eine Politik, die sie als Abgeordnete bekämpft haben, jetzt, wenn auch nur in modifizierter Gestalt, vorschlagen, daß positive liberalen Reformen nicht folgen, daß die neuen Minister nur neue Steuern bringen, daß Fürst Bismarck durch Ministerialiel nur neue Steuern besorgt, dann würden diese Männer um so rascher abgewichen haben, dann würden diese Männer, die auch in unseren Augen eine politische Zukunft haben und unter günstigen Verhältnissen unfehlbar haben müssen, sich vor der Zeit ausgenutzt, sie würden das Vertrauen des Volkes verloren haben, es würde der Rückslag er-

sfolgt sein und wenn die neuen Steuern bewilligt worden wären, dann würde Fürst Bismarck sich nicht allzusehr gegründet haben, wenn sie ihm mutig Absehbar selbst eingereicht hätten. Wir haben ja gesehen, daß Fürst Bismarck sich sehr leicht von Ministern trennt, wenn sie in seinem Sinne ihre Schuldigkeit gethan haben.“

„M. H.! Die Aussicht der Sache ist nicht neu, wir haben in der Fortschrittspartei, und unser Vorgehen war ein vollständig planmäßiges, bewußtes, die Situation so aufgefaßt, wir haben es seit Anfang der Session für unsere Aufgabe gehalten, nicht zu diplomatisieren, sondern den Finger scharf auf die Situation zu legen, hinzuweisen auf das, was nach unserer Meinung vorgeht und daraus folgt.“

„Aus diesem Grunde habe ich am 27. October, als ich zuerst dazu Gelegenheit fand, im Abgeordnetenhaus gefragt: Die nationalliberalen Partei wird dilatorisch behandelt, ich sagte wörtlich: „Fürst Bismarck ist gar nicht abgeneigt, einige von Ihnen zu Ministern zu machen in der Hoffnung, daß er auf diesem Wege neue Steuern, die er jetzt von Ihnen selbst durch Vermittelung von Campagnen nicht bekommt, bekommen zu können. Ich aber habe zu viel Achtung vor ihrem Charakter, so sagte ich am 27. October, daß ich Ihnen nicht zutraue, sie werden sich zu einer Rolle hergeben, daß sie einen Steuernminister stellen, der weiter keinen Zweck hat, als die Steuerlasten aus dem Feuer zu holen und nachher einem conservativen Regiment den Platz wieder einzuräumen.“

„M. H.! Meine Freunde haben dieselbe Ansicht gehabt und wir haben sie gehabt, obwohl wir mitunter recht schlechte Erfahrungen mit den Nationalliberalen gemacht haben. Wir haben geglaubt, daß es auch in der nationalliberalen Partei einen Punkt giebt, wo sie halt macht, und daß auch die Ministerstitel, die Aufnahme in das Ministerium, sie nicht bestimmten werden, in ihren Concessions über diesen Punkt hinaus zu geben. Nach dieser Aufnahme, die für die nationallibrale Partei viel schmeichelhafter ist, als diejenige, welche die eigene Presse von ihr hat, haben wir nicht geglaubt, daß die Varziner Conferenz zu einem Ergebnis führen wird. Wir haben diesen Glauben gehabt in Betrachtnahme der ganzen politischen Entwicklung der letzten Jahre, wie wir haben uns gesagt: Fürst Bismarck ist nicht mehr der gleiche Mann, der er vor 3 bis 4 Jahren war, seit 1875 ist in ihm eine Umwandlung wieder nach rechts zu seinem früheren Standpunkte eingetreten, vielleicht, weil er es nicht mehr für notwendig erachtet, nach der liberalen Seite hin Concessions zu machen. Diese Umwandlung ist in verschiedenen Vorlagen, in der Novelle zum Strafgesetzbuch, in den Versuchen, neue Steuern zu erlangen und dadurch die Matricularbeiträge herabzudrücken, scharf hervorgestellt. Es hat also eine Umwandlung gegenüber den liberalen Politiken, gegenüber den liberalen Ansprüchen stattgefunden, die es weniger als früher, möglich erscheinen läßt, daß sich eine Grundlage finde, die auf die Bezeichnung eines liberalen Programms Anspruch machen kann, auf Grund dessen eine Vereinbarung zwischen Fürst Bismarck und den nationalliberalen Partei möglich ist.“

„Nun, m. H., kann man fragen: „Was nun? Was wird weiter?““

„Ich sage einstweilen: „Man behandelt sich zunächst dilatorisch weiter, der Rest der Landtagssession wird interessant und ergebnislos verlaufen, weil sich Alles auf den Landtag zuspielt. Im Reichstage aber hat das weitere dilatorische Verhalten seine Schwierigkeit.“ Und da fragt es sich: „Welche Stellung wird die nationallibrale Partei etwaigen Vorschlägen zu neuen Steuern gegenüber einnehmen? Wird sie einen Theil der neuen Steuern akzeptieren, obwohl sie einsehen muß, daß sie damit zum Theil die Situation bestätigt, durch welche Fürst Bismarck überhaupt bestimmt worden ist, mit ihren Führern zu verhandeln, oder wird sie mehr Fühlung mit der Fortschrittspartei suchen?““

„Das Letztere würde ich bei der gegenwärtigen Situation für natürlich halten.“

„M. H.! Gelingt es, einen gemeinsamen Plan zur Abwehr zu finden, so find wir im Reiche, die Abwehr mit Sicherheit erfolgen zu lassen, wie wir sie den Steuerprojekten im J. 1875 erfolgen ließen. Mit der Fortschrittspartei einig, hat die nationallibrale Partei einen Angriff der Reaction unter keinen Umständen zu fürchten. Freilich muß eine solche Einigung so basirt sein, daß sie selbst Stich hält vor den Drohungen mit einer Auflösung oder mit dem Rücktritt Bismarck's vom Amt.“

dem Augenblicke, wo er sagt: „Wenn mein Programm nicht durchgeführt wird, dann geh ich ab“, dann soll man auch den Ruh haben mit dem Vorschlag herzutreten, so lange Bismarck am Ander bleibt, den Reichstag überhaupt abzuschaffen. Dann schafft man doch lieber die Diktatur und überlässt dem Manne allein die Verantwortung, aber nicht der Vertretung des Volkes, wenn diese ihm gegenüber ihre Ansicht zur Geltung bringen soll.“

„Wir müssen darauf halten, daß gerade die deutsche Volksvertretung ihren selbständigen Charakter, ihr Ansehen nicht verliere, auch im Interesse der deutschen Einheit selbst. Deutschland hat keine angestammte Dynastie und die Volksvertretung ist in Deutschland mehr als anderswo ein einiges Band, das seine Kraft bewahren muß zu einer Zeit, wo die partikularistischen Elemente sich kräftiger zeigen. Wenn wir das Gegenteil thun, dann arbeiten wir allen jenen pessimistischen Elementen in die Hände, die auf ganz andern Grundlagen Staat und Gesellschaft aufzubauen wollen.“

„Ich sage also: Fürst Bismarck ist selbst der Leute, der verlangt, daß seiner Person sachliche geprägt werden. Das ist eben das Große des Mannes, daß er, wo die Notwendigkeit an ihn herantritt, sich auch unterzuordnen weiß. Freilich eine so große, charaktervolle, mächtige Persönlichkeit verlangt auch Männer sich gegenüber, die mit einer gewissen Bäßigkeit gegenüber das festhalten, wozu sie sich verpflichtet glauben.“

„Sieht er sich solchen Männern gegenüber, so versteht er auch nachzugeben und der Conflict, der am nächsten liegt, gegenüber der Schwäche, wird am ehesten besiegt.“

„Vor zwei Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, wir waren mit den Nationalliberalen einig, er erkannte dies und sofort ließ er nach der ersten Rede Laskers die ganze Strafgesetzmöglichkeit fallen. Ebenso hat er bei der ersten Verathung der Steuerreform dieser Einigkeit gegenüber sofort seine Pläne fallen gelassen.“

„M. H.! Sollte es anders kommen, sollte wider Erwarten eine Fortsetzung der Verhandlungen stattfinden, die zu einem andern Ergebnis führt, dann werden wir das sehr bedauern, wenn wir den Kampf für die Erhaltung unseres Programms allein führen müssen, einen Kampf, in welchem wir glaubten, andere Bundesgenossen immer zur Seite zu haben. Wir werden uns diesem Kampfe aber nicht entziehen können und wir müssen dann allerdings erwarten, daß je geringer wir an Zahl im Reichstage sind, um so mehr Unterstützung in weiteren Volkskriegen finden.“

„M. H.! Ich habe Ihnen meine persönliche Auffassung entwickelt, aber ich glaube, im Wesentlichen im Einlaufe mit meiner Partei gesprochen zu haben.“

M. H. Die Fortschrittspartei ist eine einheitliche Partei und ich sage Ihnen, sie ist, nachdem einmal einige Mitglieder, die innerlich schon längst nicht mehr zu uns gehören, uns verlassen haben, niemals einiger und geschlossener gewesen, als in diesem Augenblicke. Es ist nicht wahr, es gibt keine besondere Berliner Fortschrittspartei, so wenig, wie es eine Breslauer Fortschrittspartei gibt. Es gibt nur eine einzige deutsche Fortschrittspartei. Und wenn man von einer besonderen Breslauer Fortschrittspartei sprechen wollte, welches Zeugnis stelle man da den Breslauern selbst aus, die zu wiederholten Malen Berliner wählten, weil sie überzeugt waren, daß diese sich in Übereinstimmung mit ihren Breslauer Wählern befänden. Das allerdings, m. H., müssen wir erwarten, daß die in sich einige parlamentarische Partei auch von der einzigen Partei im Lande unterstützt wird. Diese Unterstützung zu sichern, zu finden, daß ist der Zweck unseres Gedankenaustausches. Man hat mit Unrecht gesagt, die Beziehungen der Abgeordneten mit dem Lande müßten lebendiger werden. Wir haben vielleicht die lebendige Fühlung mit den weiteren Volkskriegen zu viel außer Acht gelassen, wir müssen mehr wir vor Alem wünschen müssen, daß wir von unserer Partei im Lande mehr unterstützt werden, als dies bisher der Fall war!“

M. H. Ich fasse die Aufgabe des Wahlvereins, und auch der Ibrigen, dahin auf, daß er nicht bloß dahin geht, Wahlen zu Stande zu bringen, sondern, daß er auch die Aufgabe hat, die Tätigkeit der parlamentarischen Partei zu stützen, zu kräftigen, auch in der Zwischenzeit, daß er auch die Aufgabe hat, die parlamentarische Partei in ihrer Wirklichkeit während der Session zu unterstützen, daß er das Verständniß für die Aufgabe der Session in weitere Kreise trage und daß er mit öffentlichen Kundgebungen für Das eintritt, was wir in den parlamentarischen Versammlungen verfolgen, damit wir die Bedeutung und das Ansehen in Deutschland erringen, welches uns gebührt.

M. H. Der Wahlverein in Breslau hat sich das Programm gestellt, durch eine Reihe von Vorträgen im Laufe des Winters in lebendige Beziehungen mit den Abgeordneten zu treten.

M. H.! Meine Collegen und ich, wir hoffen, daß nun auch hier in Breslau, wie auch in der Provinz eine regere Bäßigkeit sich entfalten, ein lebendigeres politisches Leben sich zeigen wird. Und wenn ich durch meinen heutigen Vortrag für meinen bezeichneten Theil dazu beigetragen habe, diesen lebendigen Zusammenhang zwischen Abgeordneten und Wählern zu fördern, so bin ich Ihnen sehr dankbar für die Gelegenheit, die Sie mir dazu geboten haben.“

Wie der Redner bereits während seines Vortrages vielfach von den lebhaftesten Beifallsbezeugungen unterbrochen worden war, so folgte auch dem Schlusse seiner zweitständigen Rede rauschender, lang anhaltender Beifall.

Nachdem der Beifallsturm sich gelegt, erbat sich Dr. Stein das Wort zu einer kurzen persönlichen Bemerkung. Er überläßt, bemerkte derselbe, dem Herrn Vorredner selbst die Erwähnung, ob es geeignet gewesen sei, in seinem heutigen Vortrage einen Zeitungsartikel zum Gegenstande der allerheiligsten Angriffe zu machen. Den angegriffenen Artikel habe er selbst (der Redner) geschrieben und er halte denselben auch noch in diesem Augenblicke von Anfang bis zum Ende aufrecht. Redner erklärt, er stehe noch jetzt auf dem Standpunkte, auf welchem 1866 ganz Breslau und ganz Schlesien stand und er halte es noch jetzt für ein nationales Unglüx, wenn durch ungerechte Angriffe, wie sie zuweilen im Abgeordnetenhaus und im Reichstage, insbesondere aber in Zeitungen oder in Schriften erfolgen, Fürst Bismarck sich zum Rücktritt bewegen sollte.*)

Der Vorsitzende glaubt im Sinne der ganzen Versammlung zu handeln, wenn er dem vereinbarten Abgeordneten den Dank der Versammlung hiermit ausspreche.

Die Versammlung tritt dem durch Erheben von den Plänen bei. Herr C. Richter will sich auf eine kurze persönliche Erwiderung der Ausführungen des Herrn Dr. Stein beschränken. Er glaubt es der ruhigen Erwägung der Versammlung und der öffentlichen Meinung überlassen zu können, zu beurtheilen, von welcher Seite der Angriff erfolgt sei. Er habe sich für verpflichtet gehalten, Demjenigen auch hier Ausdruck zu geben, dem anderen Mitglieder der Partei in der Delegierten-Conferenz einen viel schärferen Ausdruck gegeben. Er glaube dabei sich in den Formen gehalten zu haben, die er dem hochverdienten und von ihm in vieler Beziehung hochverehrten Manne schuldig sei.

Mit einem dreimaligen Hoch auf den Abg. C. Richter, in das die Versammlung begeistert einstimmte, schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

*) Die Versammlung dauerte bis gegen 11 Uhr. Zu einer ausführlichen Widerlegung der vom Herrn Abg. Eug. Richter gegen den Unterzeichneten, als den Verfasser des Leitartikels in Nr. 7 der „Bresl. Z.“ über „Die Fortschrittspartei und das Ministerium Bismarck“, gerichteten maßlosen Angriffe war die Zeit nicht mehrzureichend; ich begnügte mich daher, wie oben angegeben, mit der einfachen Erklärung, daß ich der Verfasser des Artikels sei, um die Versammlungen nicht im Ungewissen zu lassen, gegen wen die Angriffe gerichtet seien. Herr Eug. Richter ist seit mehreren Jahren Mitarbeiter der „Breslauer Zeitung“ und Verfasser einer Reihe von Leitartikeln über Budget-, Steuer- und andere materielle Fragen in derselben; er mußte also mit der Tendenz der „Breslauer Zeitung“ ziemlich einverstanden sein, und wenn er von dem einen oder andern Artikel differierte, und eine Widerlegung für notwendig hielt, so wußte er, daß ihm die Spalten der „Breslauer Zeitung“ offen standen, wie das auch tatsächlich einige Male geschehen ist. Der Angriff und die Widerlegung erfolgte also auf demselben Kampfesfelde. Von diesem Standpunkte halte ich es für einen Missbrauch, daß er seine Stellung in der Versammlung zu einem Angriffe benützte, den in dieser alten Maß übersteigenden Heftigkeit der Artikel weder herborgerufen hat, noch hervorrufen konnte. Unmittelbar nach der Anerkennungswerten Objektivität, mit welcher er die Stellung der nationalliberalen Partei schilderte, und nach der großen Sorgfalt, die er für den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck aussprach, war der Angriff gegen einen Mann der eigenen Partei, der allerdings zuweilen, wie z. B. im Jahre 1866 einer anderen Auffassung, als der gerade gang und gäbe gewordenen der Fortschrittspartei hul-

digte, um so unvermutheter und um so weniger gerechtfertigt. Ich lasse mich gern dahin beleben, daß es nur Eine, nämlich die deutsche Fortschrittspartei, giebt; dieser Ansicht sind auch meine Gefährten in Breslau, nur wünsche ich, daß diese deutsche Fortschrittspartei in Breslau nicht von Berlin aus, wo man dort mitunter geneigt zu sein scheint, terrorisiert werde. Dann wird sie auch die von Herrn Richter selbst als notwendig erkannte Fühlung mit dem Volle wieder gewinnen. Nicht gewinnen wird sie dieselbe — das ist meine feste, unumstößliche Überzeugung — durch die fortgeschrittenen Plänzelein, ich behalte diesen Ausdruck bei, gegen den Fürst Bismarck. Will man eine Aenderung in der Stellung des Reichskanzlers, so überzeuge man sich von seinen verderblichen Plänen, stelle im Abgeordnetenhaus oder Reichstage einen großen Antrag gegen denselben und wende auf Durchsetzung desselben alle Kräfte an. Die kleinen Angriffe sind nach meiner Ansicht — sie ist ja rein subiectiv — weder der deutschen Fortschrittspartei, noch der Person des Reichskanzlers würdig. Im Uebrigen wird man es mir nicht verdenken, wenn ich auf die weiteren Versuche des Herrn Richter, die Fortschrittspartei in Schlesien neu zu beleben und zu reorganisieren, nicht gerade sehr begierig bin. Selbstverständlich ist die „Breslauer Zeitung“ so loyal, auch nach diesem Zwischenfalle dem Herrn Abg. Richter, wenn er sich noch weiter erklären will, vollen Raum zu gewähren.

Dr. Stein.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Wien, 6. Jan. Wie die Presse meldet, hätte die Pforte in Folge des Ausbruchs des Krieges mit Serbien die Sperre der Donauschiffahrt auf die Strecke zwischen der Timokmündung und Orsowa ausgedehnt. In Folge deswegen erhobene Vorstellungen Österreich-Ungarns sei jedoch nachträglich den österreichisch-ungarischen Schiffen das Recht der freien Schiffahrt wiedergegeben worden.

Paris, 6. Januar. Die Municipalwahlen haben heute ohne bemerkenswerten Zwischenfall stattgefunden.

Paris, 5. Januar. Die „Agence Havas“ erklärt die Gerüchte von einem Rücktritt des Kriegsministers Bozel für unbegründet und versichert, der Minister befindet sich mit seinem Collegen betreffs aller vom Cabinet berathenen Fragen im vollständigen Einvernehmen.

London, 5. Jan. Wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, ist in unterrichteten Kreisen über die auswärts verbreitete Nachricht, wonach der Rücktritt des Earl of Carnarvon und des Marquis of Salisbury demnächst bevorstünde, durchaus nichts bekannt, was einer solchen Nachricht irgend welchen Anhalt geben könnte.

London, 6. Jan. Wie der „Observer“ glaubt, hätte Frankreich jüngst angefragt, ob England irgend eine Action in Egypten beabsichtige. Das Blatt will wissen, England hätte darauf verneinende Versicherungen abgegeben.

Bradford, 6. Jan. Der Deputirte Forster hat an seine Wähle eine Ansprache gerichtet, in welcher er zunächst hervorholte, daß er die Regierung beigelegten kriegerischen Absichten noch beweiste. Eine Vermittelung zwischen Russland und der Türkei in dem von Lord Carnarvon erörterten Sinne könne er nur billigen, dagegen könne er es nur tadeln, daß man die Türkei in ihrer Hoffnung auf die Hilfe Englands bestärke. Die Politik Lord Derby's und Lord Carnarvon's sei zu unterstützen und wenn der Premier, Lord Beaconsfield, mit dieser Politik nicht einverstanden sei, so müsse deshalb an das Volk appelliert werden. Ein Krieg sei nur zulässig, wenn es sich um die legitimen Interessen Englands handele, im anderen Falle aber ein großes Verbrechen. Er sei davon überzeugt, daß das Parlament dem Anstossen eines Krieges widerstehen werde. Er seinerseits würde dieses Anstossen mit allen konstitutionellen Mitteln bekämpfen. Was die Frage von Konstantinopel und den Dardanellen angehe, so würden hierbei europäische, nicht ausschließlich englische Interessen berührt.

London, 6. Jan. Morgen findet das Leichenbegängnis des General Lamarmora statt. Der Leichnam wird nach Biella übergeführt.

Brüssel, 5. Jan. Gegenüber den aus Konstantinopel verbreiteten Mittheilungen, daß die Pforte bereit sei, wenn nötig, zum Schaden Europas, ihren Frieden mit Russland zu machen und sich der Hoffnung hingebe, auf diese Weise sich vortheilhaft aus der gegenwärtigen Krise ziehen zu können, hebt der „Nord“ hervor, daß es vor Allem die — im Interesse Europas liegende — Frage der Emancipation der Rajahs sei, welche die Pforte am stärksten berühre, und daß gerade über diese Frage Russland sich am Wenigsten in Transactionen einlassen könne.

Petersburg, 5. Jan. Der „Agence Russ“ zufolge liegt bis jetzt hier noch keine offizielle Bestätigung der von auswärtigen Blättern verbreiteten Nachricht vor, daß die Pforte den Prinzen Reuß ersucht habe, ihre Friedensbedingungen der russischen Regierung mitzutheilen. Dieselbe Agence wendet sich gegen die Behauptung englischer ministerieller Blätter, daß es Russland zwar zustände, direct mit der Pforte einen Waffenstillstand abzuschließen, nicht aber einen Frieden. Die Agence hebt dem gegenüber hervor, daß ein Waffenstillstand niemals möglich sei, ohne die vorhergehende Annahme von Friedenspräliminarien. Die Türkei habe seiner Zeit aus dem gleichen Grunde den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Serbien und Montenegro verwirkt. Russland werde sich nicht von diesem Grundsatz des gemeinsamen Rechts entfernen.

Petersburg, 6. Jan. Offizielles Telegramm aus Bogot vom 5. d.: Der Verlust der russischen Truppen bei dem Nebergang über den Balkan ist nach den jetzt vorliegenden Berichten geringer als zuerst gemeldet worden war. Am 31. December verloren die Russen nur gegen 200 Mann, während der Verlust der Türken sehr bedeutend war. Die ganze Ebene bei Komarzi war mit türkischen Toten bedeckt. In Tschikowaz und Arakonak wurde eine große Anzahl kranker und verwundeter Türken aufgefunden. Dasselbe befindet sich ein englisches Lazareth unter der Flagge des Roten Kreuzes mit 6 Lazaretten, von denen 4 in türkischen Diensten stehen. Unter den verwundeten Soldaten ist einer englischer Nationalität. Es werden vielfach einzelne Flüchtlinge gesangen; bis zum 1. d. Abends betrug die Zahl derselben 600. — Bei dem Detachement des Großfürsten-Thronfolgers fanden am 1. d. kleinere Vorpostengeplänkel bei Gagowa, Solenik und Konstanza statt. Bei Konstanza nahmen Ingusche Kosaken 6 Türken gefangen, sie selbst verloren 3 Verwundete. Am 2. d. führten 2 Compagnien des Ochotskischen Regiments eine Expedition gegen Novoselo aus, vertrieben die Baschibozus aus Slaniza und stellten dieses Dorf in Brand. — Das Feuerweiter dauerte noch fort. Auf der Donau ist starker Eisgang. Zwischen dem rumänischen Ufer und der Insel Boatin ist die Donau zugefroren. Die Verbindung bei Boatin wird mittelst Dampfschiffen und Pontons unterhalten.

Petersburg, 5. Jan. Offizielles Telegramm aus Bogot vom 3. d.: General Gurko telegraphirt aus Kaschtilen vom 2. d., Vormittags 11 Uhr, daß während ein Theil der russischen Truppen die von den Türken verlassenen Positionen besetzte und der andere Theil derselben den Feind zu verfolgen begann, ein heftiger Kampf bei Bugarow stattfand, wo das Detachement des General Weltiamoff, bestehend aus einer Brigade mit 6 Geschützen, einer kaukasischen Kosakenbrigade und 5 Bataillonen Infanterie, stand. Dieses Detachement

war in der Richtung nach Sofia aufgestellt und wurde so von türkischen Truppen, welche in der Stärke von 12 Tabor mit Cavallerie und 8 Geschützen von Sofia her herangeführt waren, angegriffen und von 3 Seiten eingeschlossen. Der Angriff der Türken erfolgte mit großer Heftigkeit. Die erste Brigade der 31. Division ließ den Feind sich ihr bis auf 50 Schritt Entfernung nähern, gab dann eine Salve auf ihn ab und ging zu einem Angriff mit dem Bajonet über. Nach einem blutigen Handgemenge, bei welchem die Unfrigen eine Fahne eroberen, wurden die Türken zurückgeworfen. Dieselben ergreiften unter Zurücklassung von über 1000 Toten, von den russischen Truppen verfolgt, die Flucht. Der Verlust der Russen beträgt ungefähr 200 Tote und Verwundete. Dieses glänzende Gefecht verdient besondere Beachtung, weil General Weltiamoff, obwohl er in eine sehr kritische Lage versetzt war, die Türken schlug, ohne Verstärkungen zu verlangen und dadurch es ermöglichte, daß die übrigen Truppen ihre Aufgabe ungestört ausführen konnten. Die von den Unfrigen eroberten Trophäen bei der Besetzung von Arakonak und Taschkien sind noch nicht festgestellt. Bei der Besetzung von Schandornik fielen 10 von den Türken zurückgelassene Stahlgeschütze in unsere Hände. — Am 2. d. beabsichtigte General Gurko gegen Sofia vorzurücken. Bis jetzt ist jedoch noch keine Nachricht hier eingetroffen. — Über das Detachement des General Dandeville, welches Schandornik über Babagora umgehen mußte, sind folgende Nachrichten hier eingegangen: In der Nacht vom 28. zum 29. v. Mis. hatte das Detachement stark zu leiden durch ein heftiges Schneegeschoß bei 15 Grad Kälte auf Babagora in einer Höhe von 5600 Fuß. Vier Geschütze wurden von dem Schneegeschoß gänzlich überdeckt. Erst am dritten Tage darnach wurden dieselben durch Bulgaren unter der Leitung des Arztes Zaregradsky, welcher von den Türken zu uns übergetreten war, herausgegraben. 10 Offiziere und 810 Soldaten sind in Folge der Kälte erkrankt, 53 Soldaten sind gänzlich erfroren. Ungeachtet dieser schrecklichen Lage hielt sich General Dandeville heldenmäßig. — Bei dem Detachement des Großfürsten-Thronfolgers fand am 1. d. ein Schermützel zwischen den Volontären des Rybstischen Infanterie-Regiments und einer türkischen Abtheilung statt, welche in Gagowa einen Hinterhalt errichtet hatte. Die Türken wurden zurückgedrängt und ließen 10 Tote auf dem Kampfplatz. Auf Seiten der Russen waren 2 Offiziere verwundet. An demselben Tage unternahmen zwei Compagnien des Kasatschischen Infanterie-Regiments einen Angriff auf das Dorf Tschatalodere oder Tschatschuk, dasselbe war jedoch so stark von Tschekken und Baschibozus besetzt, daß es erst nach der Ankunft weiterer 5 Compagnien Infanterie genommen werden konnte. Nachdem die Türken aus dem Dorfe vertrieben waren, wurde dasselbe niedergebrannt, da es den Baschibozus zum beständigen Sammelpunkt diente. Die Türken ließen 42 Tote zurück. Unser Verlust betrug 2 Tote und 8 Verwundete. — Am 29. v. Mis. eröffneten unsere Batterien in Giurjewo das Feuer gegen ein von Süden auf Russland zu marschirendes Detachement von etwa 2000 Mann und 4 Geschützen. Eine Bombe fiel hierbei zwischen die Pferde eines Geschützes, worauf sich das ganze Detachement sogleich hinter den Chausseeauflauf verbarg. Sobald die Türken nach einer Zeit wieder auf der Chaussee erschienen, wurde das Feuer von unserer Batterie fortgesetzt. Hierbei fiel ein Geschütz zufällig auf ein Haus, auf welchem eine Fahne mit dem rothen Halbmonde wehte. Gleichzeitig sprangen aus diesem Hause etwa 300 bewaffnete Soldaten heraus. Es ist sonach erwiesen, daß die Türken die Flagge mit dem roten Halbmonde auf Kasernen aufhissen. Aus diesem Grunde beschossen unsere Batterien in Giurjewo am 30. v. Mis. wiederum das erwähnte Haus, sowie die Quarantäne-Gebäude. Die Türken antworteten mit zwei Batterien und von dem Fort Suebtala aus.

Petersburg, 6. Jan. Offizielles Telegramm. Großfürst Nicolaus meldet an den Kaiser Alexander: Am 3. d. nahmen unsere Truppen nach einem unbedeutenden Schermützel bei dem Dorfe Bratschedewna, bei welchem wir nur 24 Soldaten verloren, Sofia ein.

Konstantinopel, 5. Januar. Der Eisenbahnverkehr mit Philippopol ist durch große Schneemassen, in Folge deren zwei Züge stecken blieben, unterbrochen. — Neuuf Pascha hat zu Zeichnungen behufs Errichtung eines Denkmals für Osman Pascha aufgefordert. — Nachrichten vom serbischen Kriegsschauplatze zufolge haben 4000 Mann Bürgergarden bei Kurschumli 2 serbische Schanzen erklommen. Kocharova und Stanitsa bei Radomir sind von 10,000 Serben besetzt. — Aus Mostar von gestern werden 2 Gefechte mit den Insurgenten bei Strojic in der Nähe von Lubine, und bei Bilek, gemeldet. Strojic wurde von den türkischen Truppen niedergebrannt.

Konstantinopel, 5. Jan. Der Großvozent Edhem Pascha hat abermals um seine Entlassung gebeten, bis jetzt ist aber eine Annahme des Entlassungsgesuchs noch nicht erfolgt. Mahmud Damat Pascha hat ebenfalls seine Demission gegeben. Derselbe verlangte, in der Kammer persönlich auf die an ihn gerichteten Angriffe antworten zu dürfen.

Konstantinopel, 4. Januar. In der Deputirtenkammer erfährt die Regierung und namentlich die Militärverwaltung fortwährend die verschiedensten Angriffe. Die beantragte Bewilligung eines außerordentlichen Credits von 50 Millionen Piaster gab zu einer sehr lebhaften Discussion Veranlassung.

Konstantinopel, 5. Jan. Die „Agence Havas“ meldet: Die Russen haben ohne Widerstand Sofia besetzt.

Bukarest, 5. Jan., Abends. „Romanul“ meldet: Die Russen haben Sofia genommen. Details fehlen.

Bukarest, 5. Jan. Zwischen der russischen und der rumänischen Regierung ist eine Convention abgeschlossen worden, betreffend die Einquartirung der Truppen bei den Einwohnern gegen bestimmte Vergütung. Russische Cavallerie und andere russische Truppenabtheilungen passieren täglich Galatz.

Triest, 5. Jan. Der Lloyd dampfer „Besta“ ist heute Vormittag 9 Uhr mit der östlichen Überlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Newyork, 5. Jan. Die Dampfer des norddeutschen Lloyd „Nedar“ und „Amerika“ sind hier eingetroffen.

Aus L. Hirsh's Telegraphen-Bureau) London, 5. Jan. Der „Standard“ meldet, daß die Türkei

